

Bedingungsloses Grundeinkommen

–

eine soziale Alternative?

www.wipo.verdi.de

Inhaltlich weiter ausgeführt werden die Thesen der Folien in den ver.di Wirtschaftspolitik Informationen 4/2017 zum Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen“, die hier zum freien Download verfügbar sind:

<https://wipo.verdi.de/publikationen/++co++ab29a9ba-db39-11e7-ade4-525400940f89>

Bedingungsloses Grundeinkommen

Risiken und Nebenwirkungen einer wohlklingenden Idee

Inhaltsübersicht

<u>Worum geht es beim BGE?</u>	1
<u>Sozial orientierte und neoliberale Konzepte</u>	2
<u>BGE gegen Armut und Ausgrenzung?</u>	3
<u>Finanzierungsprobleme</u>	4
<u>Verteilungswirkungen</u>	8
<u>Bedeutung der Erwerbsarbeit</u>	10
<u>Politische Risiken und die Alternativen von ver.di</u>	12

Worum geht es beim BGE?

In der letzten Zeit wird verstärkt über Ideen eines „bedingungslosen Grundeinkommens“ (BGE) diskutiert. Die Diskussion ist sehr kontrovers, und zwar in fast allen gesellschaftlichen und politischen Lagern.

Der Vorschlag eines BGE klingt zunächst attraktiv: Allen Menschen soll ein Einkommen garantiert werden, von dem sie leben können. Eine reiche Gesellschaft wie unsere könne das gewährleisten. Wer würde dem widersprechen? Bei genauerer Betrachtung gibt es jedoch eine große Unklarheit, was genau gemeint ist und wie das funktionieren und finanziert werden soll. Meinungsumfragen zum Thema BGE blenden Finanzierungsfragen regelmäßig aus. Folglich sind ihre Ergebnisse wenig ernst zu nehmen. In der Schweiz gab es 2016 eine Volksabstimmung, bei der sich 23

Soziale Sicherung in Deutschland I

- Errungenschaft; Kritik an repressiven Strukturen und unzureichenden Leistungen ist berechtigt, aber nicht Zerrbild von „Almosen, Bittsteller, Bevormundung“
- Rechtlich einklagbare Ansprüche aus gesetzlichen Sozialversicherungen und bei Bedürftigkeit, GG → Recht auf Leben und gesellschaftliche Teilhabe
- Öffentliche Daseinsvorsorge, Bildung, Sozialarbeit ...
- Kindergeld = 3000 €/a, 54.000 in 18 Jahren, part. GE
- Soziale Absicherung der abhängig Arbeitenden durch gesetzliche Rechte und kollektive Aktion und Regelungen, v.a. Gewerkschaften und Tarifverträge
- Teilweise finanzielle Anerkennung unbezahlter Tätigkeiten ggf. soweit sie gesellschaftlich nützlich

Soziale Sicherung in Deutschland II

- Hoher Transferentzug bei bedarfsabhängigen Leistungen ist unvermeidbar (beim BGE wäre extrem hohe Abgabenbelastung = Entzug verallgemeinert)
- Kritik an hohen Transferentzugsraten, Komplexität und Bürokratie oft neoliberal (Bertelsmann, IFO u.a.), für höhere Arbeitsanreize, weniger Gerechtigkeit
- Armutsbekämpfung und andere Leistungsverbesserungen sind realistisch möglich, Frage der KV
- Demografische, ökonomische und soziale Probleme betreffen alle öffentlicher Leistungen, ggf. auch BGE
- Sozialstaat mit Geldleistungen und professionellen Dienstleistungen beruht immer auf Erwerbsarbeit
- Entkopplung ist nur individuell möglich (= auf Kosten der anderen), nicht für die Gesellschaft insgesamt

Bedingungsloses Grundeinkommen

Grundeinkommen, bei dem fünf Kriterien erfüllt sind:

- allen Menschen zustehend (Wohnsitzbedingungen?)
- individuell garantiert (kein Haushaltsbezug)
- ohne Bedürftigkeitsprüfung und Anrechnungen
- ohne Arbeits- oder andere Tätigkeitsverpflichtung
- Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichernd
(mind. 1050/1080 € monatlich, Kinder ggf. weniger)

Problem: Gesellschaftlich, ökonomisch und politisch ist nichts „bedingungslos“, das kann man nicht „wegbeschließen“. Die BGE-Konzepte gehen nur von den Individuen aus und beruhen auf Mythen und Behauptungen, die kritischer Prüfung nicht standhalten.

Ist BGE erforderlich, geeignet, gerecht?

- gegen Armut? – verbesserte bedarfsdeckende Sozialleistungen, höhere Löhne und Renten und Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge und sozialer Dienstleistungen sind besser, realistischer, gerechter
- gegen Ausgrenzung? – Geld reicht nicht. Arbeit ist zentral, bringt soziale Integration und Anerkennung
- ungerecht, wenn Vermögende, Bedürftige, Beiträge leistende und andere gleich behandelt werden
- BGE würde ganz überwiegend an Menschen gezahlt, die andere hinreichende Einkommen haben, unnötig problematisch aufgebahtes Umverteilungskarussell
- illusorisch, gab und gibt es nirgends, ist kein Zufall
- Neoliberale BGE-Konzepte sollen v.a. das Kapital von Arbeitnehmerrechten und Tarifverträgen, Sozialversicherungen und sozialen Verpflichtungen befreien

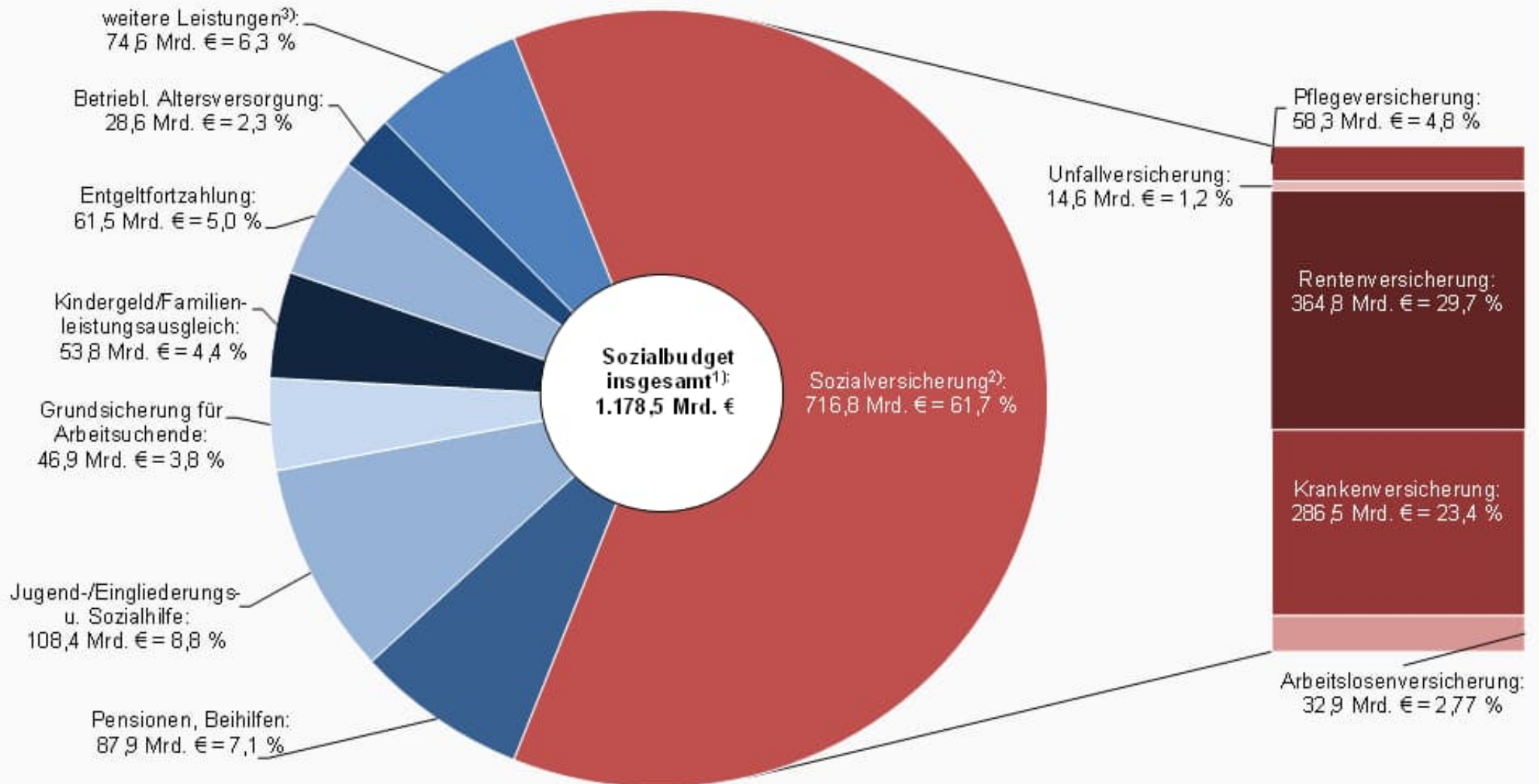
Varianten des Bedingungslosen Grundeinkommens

	Soziale/linke Varianten, z.B. BAG SHI, LINKE BAG oder Attac AG	Neoliberale Varianten, z.B. Bürgergeld Althaus o. Straubhaar, G. Werner
Höhe	existenzsichernd, 1000 – 1500 € monatlich	bestenfalls ALG II-Niveau max. 1000 € (- 200 € KV)
Sozialversi- cherungen	bleiben erhalten	werden abgeschafft
Mindestlohn, Arbeitsrechte	bleiben erhalten	werden (weitgehend) abgeschafft
Finanzbedarf pro Jahr und Finanzierung	brutto 900 - 1500 Mrd. € Einsparung mancher Sozialleistungen und „Bürokratie“, höhere Steuern/Abgaben auf Einkommen und Kapital	brutto 500 – 900 Mrd. € Einsparung weitgehend der Sozialversicherungen und bisherigen Soziallei- stungen, ggf. höhere MWSt u.a. Massensteuern
Verteilungs- wirkung	Umverteilung von oben nach unten beabsichtigt	massiv lohnsenkend, Abbau sozialer Standards
Realismus	keine Chance	eher unwahrscheinlich

Finanzierungsprobleme eines BGE I

- BGE von 1200 € (<18: 600 €) würde brutto ca. 1100 Mrd. € im Jahr kosten (2022). Nur etwa 100 Mrd. € an Sozialleistungen könnten wegfallen. Netto blieben also rund 1000 Mrd. € Mehraufwand im Jahr (DIW)
- Sozialversicherungsleistungen beruhen auf durch Beiträge erworbenen eigentumsähnlichen Ansprüchen, die nicht einfach gestrichen werden können. Es wäre auch nicht gerecht und nicht bedingungslos
- Ein soziales BGE würde fast noch einmal so viel kosten wie der bisherige Sozialstaat, oder wie Bund, alle Länder und Gemeinden bisher selbst ausgeben
- Es geht dabei um laufende Einkommen und Umverteilung. Die „Staatsquote“ am Bruttoinlandsprodukt würde um gut 25 Prozentpunkte steigen

■ Struktur der Sozialleistungen nach Leistungsarten 2022* In Mrd. Euro und in % aller Sozialleistungen

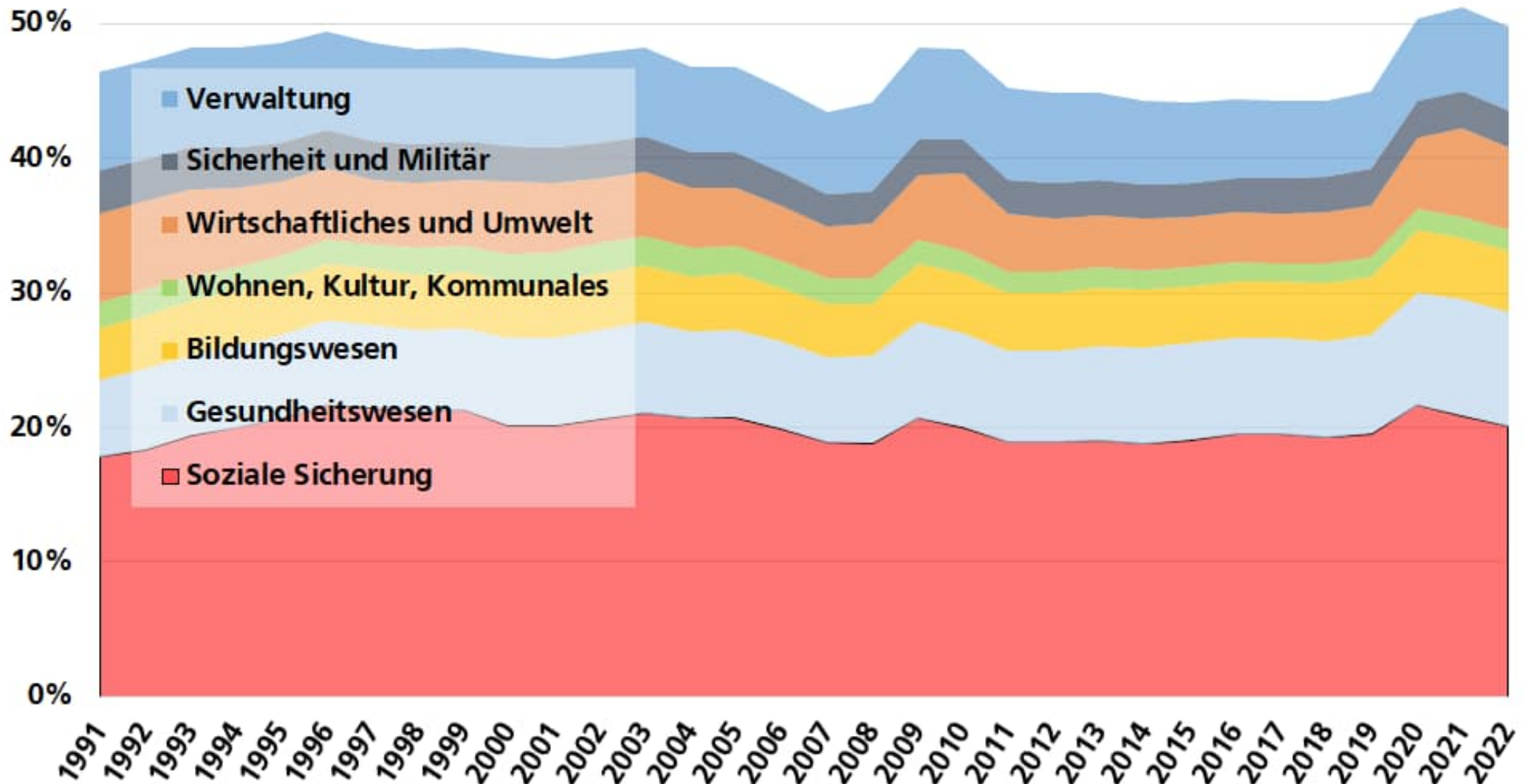


¹⁾ Geschätzte Werte ²⁾ Sozialbudget insgesamt u. allgemeine Systeme konsolidiert um Beiträge des Staates ³⁾ Ohne wechselseitige Verrechnung der einzelnen Institutionen. Summenbildung u. isolierte Prozentuierung sind nicht möglich. ⁴⁾ u.a. Wohngeld, BAföG, Elterngeld, PKV

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2023), Sozialbudget 2022

Ausgaben von Staat und Sozialversicherungen

in Deutschland nach Aufgabenbereichen, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 2023, eigene Berechnungen

Grundeinkommen für alle: extrem teuer und ziellos

Hartz IV und alle Grundsicherungsleistungen für alle um 200 Euro erhöhen für drei Monate

4 Mrd. €

Gesamte Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in drei Monaten

37 Mrd. €

Eingeplante Corona-Hilfen des Bundes für Selbstständige und Kleinunternehmen 2020

50 Mrd. €

Gesamte eingeplante Corona-bedingte Mehrausgaben des Bundes 2020

123 Mrd. €

1000 Euro Grundeinkommen für alle für drei Monate

250 Mrd. €

Quelle: Nachtragshaushalt Bund, eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes

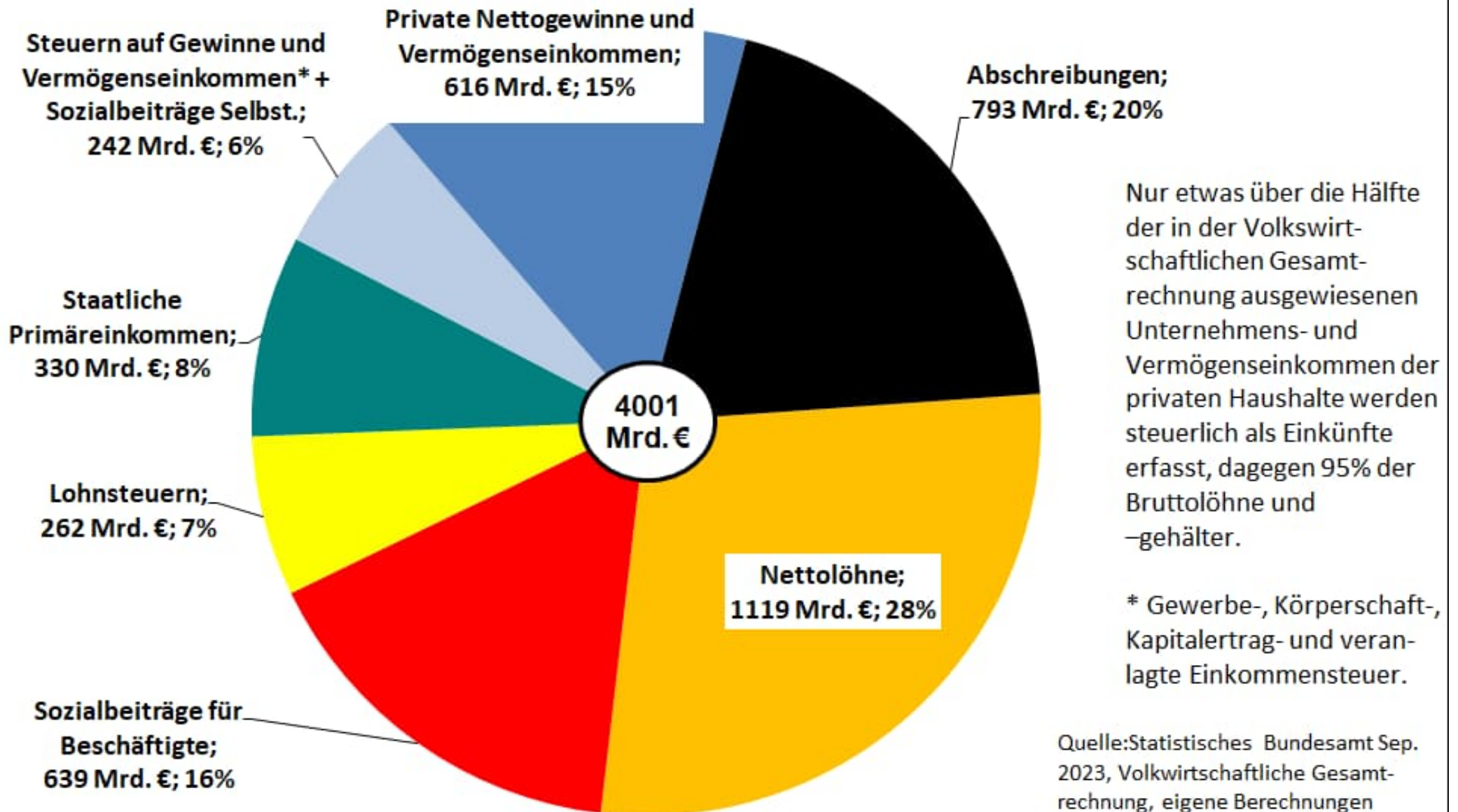
Gesellschaft muss BGE selbst aufbringen



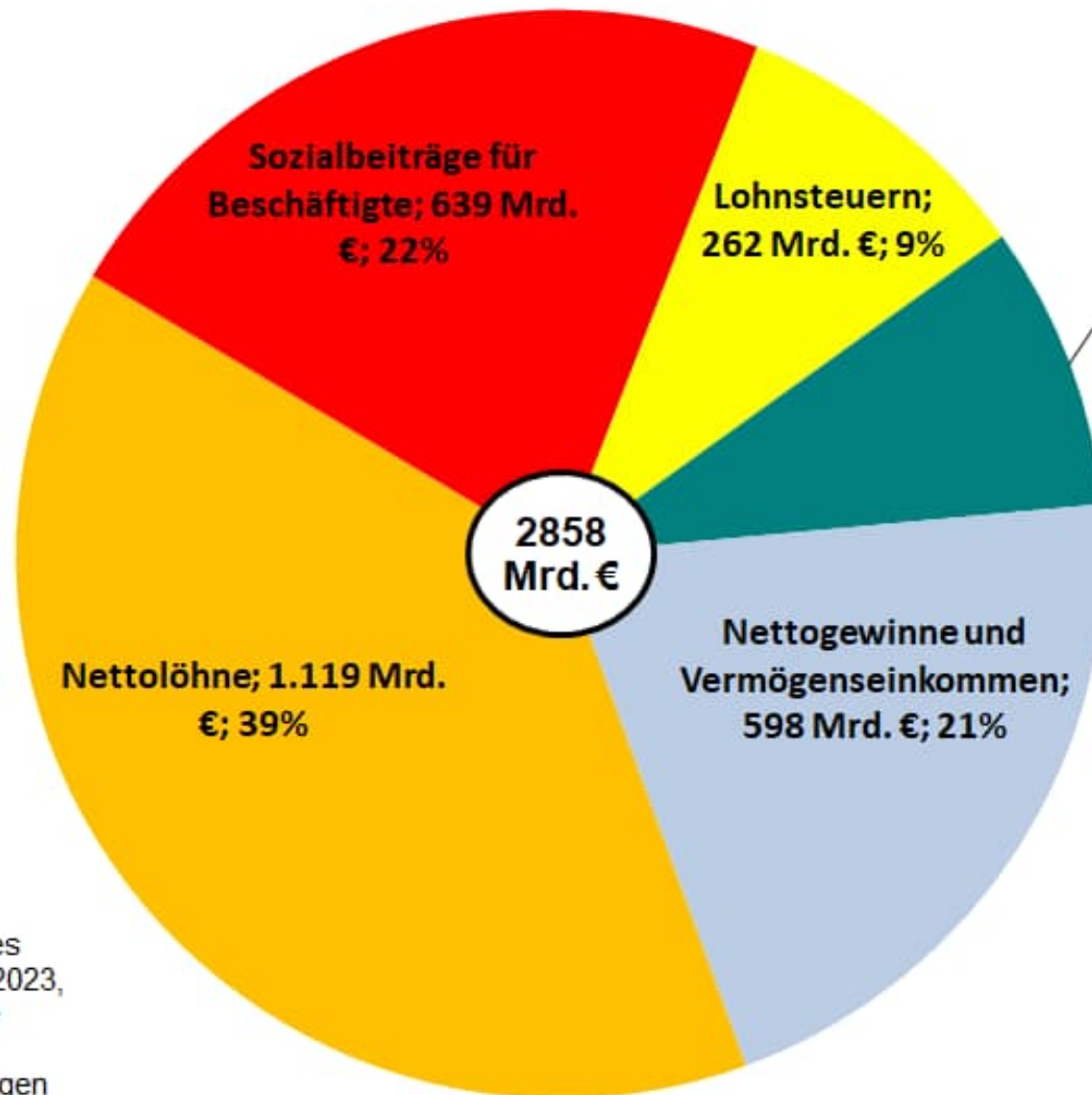
Finanzierungsprobleme eines BGE II

- Ein BGE müsste immer aus dem durch Erwerbstätigkeit produzierten Volkseinkommen finanziert werden, d.h. in letzter Instanz zu Lasten der (Kaufkraft der) Löhne oder der Gewinn- und Vermögenseinkommen.
- Für ein soziales/linkes BGE wären extreme Abgabenbelastungen aller Einkommen oder Umsätze nötig.
- Wertschöpfungsabgaben/Maschinensteuern bieten keinen Weg daran vorbei. Es bleibt immer eine gesellschaftliche Verteilungsauseinandersetzung.
- Den Löwenanteil eines BGE müssten unvermeidlich die Beschäftigten finanzieren. Bei 1200 € BGE bliebe nur ein Bruchteil der bisherigen Nettolöhne übrig.
- Folge wären erhebliche Anreizprobleme, Schwarzarbeit und Hinterziehung → verschärfte Kontrollen

Bruttonationaleinkommen Deutschlands 2022



Volkseinkommen Deutschlands 2022



Steuern auf Gewinne und Vermögenseinkommen* sowie Sozialbeiträge der Selbstständigen; 242 Mrd. €; 9%

* Gewerbe-, Körperschaft-, Kapitalertrag- und veranlagte Einkommensteuer.

Das Volkseinkommen wird zunächst auf einerseits Arbeitnehmerentgelte und andererseits Unternehmens- und Vermögenseinkommen verteilt. Die Lohnquote beträgt etwa 70 Prozent. Die Finanzierung des Sozialstaats beruht auf Abzügen von diesen Primäreinkommen, überwiegend auf Sozialbeiträgen und Lohnsteuern.

Quelle: Statistisches Bundesamt März 2023, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, eigene Berechnungen

Finanzierung eines BGE von 1000 Euro monatlich - Beispielrechnung für 2016

- Kosten ($1000 \text{ €} * 12 * 83 \text{ Mio.}$) ca. 1000 Mrd. €
- Entfallende Einkommensleistungen (Sozialbericht Tab. III-1) ca. 100 Mrd. €
- Verdopplung der Steuern auf Gewinne und Vermögenseinkommen ca. 160 Mrd. €
- 44% zusätzliche Steuern auf alle Bruttolöhne ($44\% * 1311 \text{ Mrd. €}$), = Gesamtabgaben von 34% auf 78% ca. 580 Mrd. €
- 44% zusätzliche Steuern auf Alterseinkommen ($44\% * 387 \text{ Mrd. €}$) ca. 170 Mrd. €

Mein-Grundeinkommen.de u.ä. Finanz-Modelle sind irreführend und unseriös

- Die weiterhin zusätzlich zu zahlenden Sozialbeiträge werden ausgeblendet und wünsch-dir-was-Steuern mit unrealistischen Einnahmen präsentiert.
- Die zugrundeliegende (seriöse, zweifelnde) DIW-Studie ergibt, dass für eine kostendeckende Finanzierung Bruttoeink. ab dem ersten Euro mit knapp 70% Abgaben belegt werden müssten + CO-Abgabe
- Nicht 10%, sondern ein Drittel der Bevölkerung hätte weniger Geld als ohne BGE. Und das auch nur rein theoretisch, weil das sind die mächtigen Gruppen der Gesellschaft und die Mehrheit der voll Erwerbstätigen.
- Negative Folgen für Wirtschaft und Staatsfinanzen, Abgabewiderstand, Migration usw. ausgeblendet.

Verteilungswirkungen eines BGE

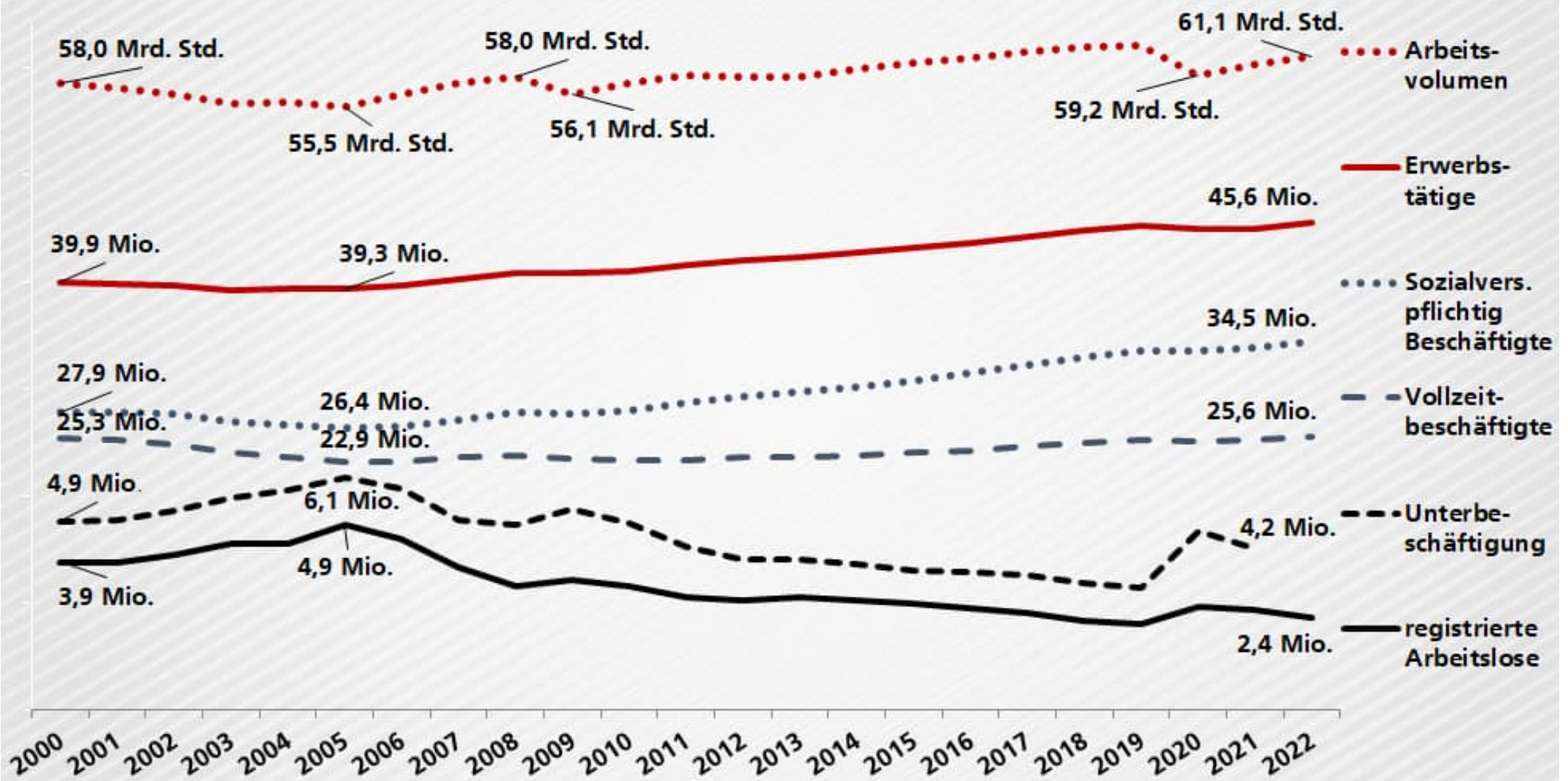
- Den erhöhten Abgaben stünde die BGE-Zahlung gegenüber. Bei einem sozialen/linken BGE würden arme Haushalte (theoretisch) profitieren. Bei den meisten wäre es aber in eine Tasche rein und aus der anderen raus, mit Abgabensätzen über 80 Prozent.
- Die Beschäftigtenhaushalte (60% der Bevölkerung) würden insgesamt mehr zahlen als bekommen. Genaueres ist kaum zu sagen, hängt ab von den Kräfteverhältnissen auf Arbeitsmarkt und in Politik.
- Ein BGE würde massiven Druck auf die Arbeitseinkommen und Tarife ausüben: universeller Kombilohn, Schwächung kollektiver Interessenvertretung.
- Die Profitansprüche des Kapitals würden durch ein BGE nicht gemindert, und weiterhin durchgesetzt.

Erwerbsarbeit ist und bleibt Grundlage

- BGE würde wie jede Geldleistung auf Produktion der (mit BGE) käuflichen Waren durch Erwerbsarbeit = Wertschöpfung = Einkommensentstehung beruhen. BGE wäre keine „emanzipatorische Alternative“.
- Trotz Digitalisierung wird es auch in den kommenden Jahrzehnten kein „Ende der (Erwerbs)Arbeit“ geben. Gesamtwirtschaftliche Produktivitätszuwächse sind schwächer als früher (und sollten zu AZV führen).
- Erwerbsarbeit nimmt zu, hierzulande und global. Rückgänge liegen ggf. an Krisen oder Demografie. Problem ist Prekarisierung, die ist kein Sachzwang.
- Erwerbsarbeit bringt auch im Kapitalismus soziale Einbindung, Anerkennung, Selbstbestätigung und höhere Einkommen als ein BGE könnte.

Erwerbstätigkeit und Unterbeschäftigung in Deutschland

Entwicklung 2000 - 2022



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Statistisches Bundesamt, IAB, Bundesagentur für Arbeit, März 2023

Politische Widersprüche und Probleme

- BGE würde wie Betreuungsgeld für alle wirken und so Frauenemanzipation eher entgegenstehen.
- Zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern gibt es keine gleiche „Augenhöhe“, auch mit BGE nicht. Nötig sind kollektive Aktionen und Regelungen. Doch BGE würde die schwächen und Individualisierung fördern.
- klingt gut, ist aber unrealistisch und funktioniert nicht.
- Risiko neoliberale Variante: Armuts-Geld, Zerschlagung sozialer Rechte, Regulierungen, Sicherungen
- Neue gute Arbeitsplätze für soziale Dienste, Bildung, Öko-Umbau & verbesserte repressionsfreie Mindestsicherung sind besser, finanzierbarer, bündnisfähiger
- Ablenkung von den realen Kämpfen & Alternativen, Spaltungspotenzial in sozialer & linker Bewegung.

BGE: Probleme, Risiken, Alternativen

- Ein soziales BGE würde mehr zusätzlich kosten als Bund, Länder und Gemeinden zusammen ausgeben, würde daher extrem hohe Abgabensätze erfordern
- falsche Pauschalierung bei unterschiedlichem Bedarf
- klingt gut, ist aber illusionär und funktioniert nicht
- Risiko neoliberale Variante: Armuts-Geld, Zerschlagung sozialer Rechte, Regulierungen und Sicherung
- Individualisierung vs. kollektive Aktion und Regelung
- Ablenkung von den realen Kämpfen & Alternativen, Spaltungspotenzial in sozialer & linker Bewegung
- Neue gute Arbeitsplätze für Soziale Dienste, Bildung, Öko-Umbau & verbesserte, sanktionsfreie Mindestsicherung, höhere (Mindest-)Löhne, Tarife stärken, AZV sind besser, finanzierbarer, bündnisfähiger
- ver.di lehnt Forderungen nach einem BGE für alle ab

Gute Arbeit und soziale Absicherung

- Erwerbslosigkeit verhindern, Arbeitsplätze sichern und schaffen, v.a. in sozialen Bedarfsbereichen, Bildung ...
- Gute Arbeit für alle ermöglichen: tariflich bezahlt, höherer Mindestlohn, gute und gesunde, familien-, alters- und ggf. behindertengerechte Arbeitsbedingungen, kürzere und soziale Arbeitszeiten
- Arbeitslosengeld I verbessern und länger zahlen, Anwartschaften verkürzen, Mindestkurzarbeitergeld, verbesserte Weiterbildung und Vermittlung
- Aktive Arbeitsmarktpolitik, geförderte Beschäftigung
- Selbstständige in Sozialversicherungen einbeziehen
- Bürgergeld armutsfest ausgestalten, Wohnkosten und erarbeitete Vermögen absichern, Sanktionen weg
- Bessere Renten, Zuschläge für Niedrigrenten, verbesserte Grundsicherung im Alter

Was für ein soziales Konzept ist nötig?

- Problemen angemessen, umsetzbar, realistisch
- Verbindung mit realen betrieblichen, sozialen und politischen Kämpfen um Tarife, Personal, Rente ...
- breit bündnis- & mobilisierungsfähig: Beschäftigte/ Gewerkschaften & Erwerbslose, RentnerInnen, Lernende, Eltern und andere Betroffene
- Höhere & repressionsfreie Mindestsicherung und länger ALG I, ein Recht auf „gute Arbeit“, AZV, höhere Löhne und Renten, Sozialstaat ausbauen, bessere Bildung, Gesundheit, Soziales, Öko-Umbau
- Finanzierung: gerechte Verteilung, höhere Besteuerung von Reichen und Kapital, Bürgerversicherung
- ❖ Problem: komplex, keine einfache Globalalternative